

Zweitveröffentlichung



Hoffmann, Rasmus

Soziale und politische Folgen der Corona-Pandemie und ihrer Bekämpfung

Datum der Zweitveröffentlichung: 24.08.2023

Verlagsversion (Version of Record), Rezension

Persistenter Identifikator: urn:nbn:de:bvb:473-irb-901172

Erstveröffentlichung

Hoffmann, Rasmus: Soziale und politische Folgen der Corona-Pandemie und ihrer Bekämpfung. In: Soziologische Revue : Besprechungen neuer Literatur. 46 (2023), 2, S. 130-146. DOI: 10.1515/srsr-2023-2032

Rechtehinweis

Dieses Werk ist durch das Urheberrecht und/oder die Angabe einer Lizenz geschützt. Es steht Ihnen frei, dieses Werk auf jede Art und Weise zu nutzen, die durch die für Sie geltende Gesetzgebung zum Urheberrecht und/oder durch die Lizenz erlaubt ist. Für andere Verwendungszwecke müssen Sie die Erlaubnis des/der Rechteinhaber(s) einholen.

Für dieses Dokument gilt eine Creative-Commons-Lizenz.



Die Lizenzinformationen sind online verfügbar:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode>

Sammelbesprechung

Soziale und politische Folgen der Corona-Pandemie und ihrer Bekämpfung

Clara Arnold / Oliver Flügel-Martinsen / Samia Mohammed / Andreas Vasilache (Hrsg.), Kritik in der Krise: Perspektiven politischer Theorie auf die Corona-Pandemie. Baden-Baden: Nomos 2020, 210 S., br., 44,00 €

Martin Florack / Karl-Rudolf Korte / Julia Schwanholz (Hrsg.), Coronakratie. Demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag 2021, 334 S., kt., 29,95 €

Kevin Hall, Viren im Blick. Überwachung und Sichtbarkeit der Influenza in Deutschland. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag 2021, 370 S., kt., 45,00 €

Frank Schulz-Nieswandt, Der alte Mensch als Verschlussache: Corona und die Verdichtung der Kasernierung in Pflegeheimen. Bielefeld: transcript Verlag 2021, 176 S., br., 29,00 €

Besprochen von **Prof. Dr. Rasmus Hoffmann**: Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Fakultät für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Lehrstuhl für Soziologie, insbesondere soziale Ungleichheit, E-Mail: rasmus.hoffmann@uni-bamberg.de

<https://doi.org/10.1515/srsr-2023-2032>

Schlüsselwörter: Corona-Pandemie, Krisenbewältigung, Demokratie, Pflegeheime, Influenza-Überwachung

Anfang 2020 breitete sich in Deutschland und dem Rest der Welt das Corona-Virus SARS-CoV-2 aus und führte zu einschneidenden Maßnahmen der Pandemiebekämpfung, die das wirtschaftliche und soziale Leben erheblich einschränkten. Während die Pandemie im Laufe der folgenden drei Jahre durch unterschiedliche Phasen ging und schließlich kontrolliert werden konnte, sind die langfristigen sozialen und wirtschaftlichen Folgeschäden noch schwer abzusehen. Unter Zeitdruck, mit nur unzureichendem Wissen über das Virus und mit wenigen Erfahrungen mit derartigen Pandemien wurden Entscheidungen getroffen, mit dem Ziel Todes- und Krankheitsfälle zu reduzieren. Vereinfacht ausgedrückt gibt es dabei eine Zuständigkeit der Naturwissenschaften für die Gesundheitsfolgen des Virus und die Eindämmung der Pandemie, während die Sozialwissenschaften sich häufig mit den sozialen Folgen der Pandemiebekämpfung beschäftigen haben. Ihnen kommt auch die Rolle zu,

politische Maßnahmen und den öffentlichen Diskurs während der Pandemie kritisch zu begleiten. Dies kann eine wichtige Ergänzung zur naturwissenschaftlichen Evaluation der Maßnahmen im Sinne der Pandemiebekämpfung sein und zur richtigen Abwägung zwischen Gesundheitsschutz und Pandemiebekämpfung einerseits und dem Schutz bürgerlicher Freiheitsrechte und dem sozialen und wirtschaftlichen Wohlergehen andererseits beitragen, sowie allgemein zu einem kritischen Verständnis der Herangehensweise an eine solche Pandemie führen. Im Folgenden werden vier Buchveröffentlichungen aus diesem Themenbereich vorgestellt und kommentiert, die zwischen November 2020 und Mai 2021, also in der Hochphase der Pandemie, erschienen sind.

1. Demokratie und Sozialwissenschaften in der Corona-Pandemie und anderen Krisen

Das kompakte Buch „Kritik in der Krise“ von *Arnold et al.* mit 13 kurzen Beiträgen beleuchtet im Sinne der Doppelbedeutung des Titels, wie sich politische Theorie kritisch in der Corona Krise äußern kann und dass sich diese politische Kritik angesichts der biologischen Art und des Ausmaßes der Pandemie selbst in einer Krise befindet. Im ersten der vier Abschnitte des Bandes geht *Samia Mohammed* auf den Unterschied zwischen positiven (*Freiheit zu*) und negativen (*Freiheit von*) Freiheitsbegriffen ein. Sie stellt unter anderem die Idee in Frage, „dass Freiheit selbstverständlicher Teil des Normalzustandes sei, zu dem schnellstmöglich zurückzukehren ist“ (Mohammed in Arnold et al., S. 34) und problematisiert das neoliberale Freiheitsverständnis als *Freiheit von*. Ein solch individualistisches Freiheitsverständnis wirkt gegen sozialen Ausgleich und normalisiert soziale Ungleichheiten. Damit stellt dieser Beitrag bereits eine interessante Verbindung zwischen den Konzepten Normalität, Krise, Freiheit und Gleichheit her, die im Buch noch häufiger diskutiert werden und für soziologische Leser:innen besonders interessant sind.

Aus einer ähnlichen Perspektive definiert *Demokrat Ramadan* am Anfang des zweiten Abschnitts des Bandes zunächst, was ein Ausnahmezustand ist. Dieser kann u. a. als Regierungstechnik beschrieben werden, „die eine Konzentration der Kompetenzen bei der Exekutive vorsieht“ (Ramadani in Arnold et al., S. 73). Das Besondere am Corona-Ausnahmezustand ist, dass die Ursache, eine Pandemie, eher als biologische und weniger als politische Ursache angesehen wird. Ebenso werden die Gegenmaßnahmen weniger als politische, denn als technisch-medizinische Maßnahmen empfunden. Mit Rückgriff auf Michel Foucault diskutiert *Ramadani* die Gegenmaßnahmen als Biopolitik, also als politische Zugriffe auf den Körper und das Leben. Dies ist das Besondere an der Corona-Krise und das Besondere an der gleich-

zeitigen Gesellschaftlichkeit und Natürlichkeit des Menschen (Ramadani in Arnold et al., S. 81). *Ramadani* verweist ebenfalls auf das gesundheitssoziologische Konzept der Medikalisierung, das den historischen Trend beinhaltet, nicht mehr nur gegen Krankheiten zu intervenieren, sondern präventiv auch Gesundheitsrisiken und damit vormals nicht medizinische Lebensbereiche medizinisch zu erfassen, zu deuten und zu regulieren. Die damit einhergehende Zunahme an Macht und Herrschaft durch die öffentliche Gesundheitsvorsorge wird im Text eher negativ konnotiert. Demgegenüber steht aber die Tatsache, dass der Bereich Public Health mit seiner Strategie der Prävention in der Vergangenheit für die Verbesserung der Gesundheit mehr erreicht hat, als die medizinische Behandlung von Krankheiten. Auch als Strategie gegen die sozial ungleiche Verteilung von Gesundheit ist Prävention besser geeignet als die Behandlung bereits eingetretener Krankheiten (Hoffmann, 2011). Diese Ambivalenz von Prävention wird im darauffolgenden Kapitel von *Simon Duncker* noch deutlicher, wo auf Grundlage von Foucault (1977) drei Aufgaben gesundheitspolitischer Regulierung vorgestellt werden (Daten sammeln, solidarische Vorsorge/Versicherung, Prävention) und mit Disziplin als Machtform und neoliberaler Selbstdisziplinierung in Verbindung gebracht werden (Duncker in Arnold et al., S. 89).

In mehreren Kapiteln des Buches wird einerseits die Idee des Ausnahmezustandes diskutiert und andererseits werden gesellschaftliche Gruppen und Meinungen erwähnt, die die Corona-Maßnahmen als undemokratisch darstellen und die Demokratie in Gefahr sehen. In diesem Zusammenhang sind die Einordnungen von sowohl *Ramadani* (Arnold et al., S. 76) als auch *Duncker* (Arnold et al., S. 108) erhellend, wonach der Ausnahmezustand zur Demokratie gehört, weil es ihn geben kann und Gesellschaften sich eben nicht immer im bequemen Normalzustand der Demokratie befinden. In diesen Situationen besteht die Gefahr, dass die Demokratie Schaden nimmt oder gar abgeschafft wird, aber gleichzeitig gibt es Kriterien dafür, ob dies der Fall ist oder nicht. Das Fazit im Kapitel von *Kristoffer Klement* in Bezug auf die Corona-Pandemie lautet: „Demokratische Institutionen wurden nicht aufgelöst und auch die Einschränkung von Grundrechten vollzog sich auf Basis demokratischer Prinzipien [...] Hierzu zählen Allgemeinwohlorientierung, Rechtsgleichheit, das Gebot der Verhältnismäßigkeit, gerichtliche Anfechtbarkeit und im Besonderen das Infektionsschutzgesetz, das eine Einschränkung von Grundrechten erlaubt“ (Klement in Arnold et al., S. 108). In einer Diskussion mit einer/m Corona-Leugner: in könnte die Einhaltung letzterer Prinzipien zwar immer noch angezweifelt werden, aber die einfache Argumentation extremer Gruppen, dass Grundrechtseinschränkungen per se ein Zeichen für die Auflösung der Demokratie seien, kann so entkräftet werden.

Die dennoch bestehende Gefahr für die Demokratie wird im folgenden Kapitel von *Gerrit Tiefenthal* herausgearbeitet, wenn sie zur „Bereitwilligkeit, neue Formen

des Überwachens, wie bspw. eine flächendeckende Bewegungsdatenspeicherung, zu akzeptieren“ (Tiefenthal in Arnold et al., S. 123) schreibt: „Auf die Gefahren solcher sich intensivierender Maßnahmen hinzuweisen, ist unbedingt notwendig, folgte solchen Erweiterungen der Machtzugriffe historisch doch zumeist eine Depolitisierung von Entscheidungsprozessen und des öffentlichen Raumes, die auch nach Beendigung der Krisensituation nicht wieder revidiert wurden“ (Tiefenthal in Arnold et al., S. 123). Hier besteht allgemein und nach Corona konkret die Gefahr, dass sich antidemokratische und antiwissenschaftliche Gruppen als Verfechter:innen der Demokratie darstellen (Tiefenthal in Arnold et al., S. 128). Dann würde die Definition und Begründung des Ausnahmezustandes nur noch teilweise in einem demokratischen Diskurs stattfinden und seine Legitimation Schaden nehmen.

Gedanklich besonders weitreichend ist das Kapitel „Fighting every Crisis? Zum Zusammenhang von Corona- und Klimakrise“ von *Noah Marschner* im dritten Abschnitt des Buches. Einerseits gibt es Zusammenhänge zwischen beiden Krisen, wenn man die gemeinsamen ökologischen Ursachen betrachtet, die in einem nicht-nachhaltigen Verhältnis von Gesellschaft und Natur liegen, was ebenfalls bedeutet, dass nachhaltigeres Verhalten in Zukunft beide Bedrohungen entschärfen würde. Andererseits gibt es zahlreiche, soziologisch vielleicht noch interessantere Verbindungen beider Krisen im gesellschaftlichen Diskurs. Als erstes Beispiel dafür nennt *Marschner* das entschiedene Handeln des Staates in der Corona-Pandemie, das Manchen als gutes Beispiel dafür dient, was alles möglich ist, wenn es von der Gesellschaft als notwendig erachtet wird (z.B. Verzicht, Einschränkungen, Finanzmittel) (Marschner in Arnold et al., S. 165). Später im Kapitel wird diese Übertragung der einen auf die andere Krise aber abgelehnt, unter anderem mit dem guten Argument, dass eine Überwindung der Corona-Krise eine Rückkehr zur Normalität anstrebt, die Klimakrise aber eine grundlegende Transformation verlangt, weil Normalität die Katastrophe beschleunigen würde (Marschner in Arnold et al., S. 171–174). Bei der folgenden und wichtigen Diskussion des Dualismus von Natur und Gesellschaft fehlt ein Hinweis darauf, dass das Konzept gesellschaftlicher Naturverhältnisse, das den Dualismus aufzulösen versucht, in der Soziologie spätestens seit Anfang der 1990er Jahre bekannt ist (Jahn & Wehling, 1998; Becker & Jahn, 2006).

Abschließend bleibt zu diesem wichtigen Kapitel zu sagen, dass die in ihm referierten im engeren Sinne ökologischen Perspektiven, die den Menschen als Teil und Lebewesen in der Natur betrachten, zu schnell als „zutiefst menschenfeindlich“ (Marschner in Arnold et al., S. 170) abgeurteilt werden. Die naturwissenschaftliche Weltanschauung, die besagt, dass sich das Ökosystem unter Lockdown-Bedingungen vom Menschen erholen kann, trifft zu, denn der CO₂-Ausstoß nahm während des Lockdowns ab und danach wieder zu. Wenn naturwissenschaftliche Erklärungen für den Klimawandel akzeptiert werden, dürfte auch die Schlussfolgerung, dass der Mensch dem Ökosystem schadet, in sozialwissenschaftlichen Reflektionen keine Ab-

wehrreaktionen hervorrufen. Das ist ja gerade das Interessante und die Herausforderung bei interdisziplinärer sozial-ökologischer Forschung, dass die erwähnten „Denkfiguren“ von Malthus und Darwin zwar unsozial und unsoziologisch sind, aber trotzdem nicht vernünftig bezweifelt werden kann, dass das globale Ökosystem weniger kaputt wäre, wenn es weniger Menschen gäbe. Sozialwissenschaftler:innen können mit Recht reklamieren, dass ihr Fokus auf Verteilungsgerechtigkeit der Schlüssel für eine sozial-ökologische Transformation ist. Aber gleichzeitig stimmt die naturwissenschaftliche Sichtweise, nach der Macht- und Verteilungsfragen für den physikalischen Prozess des Klimawandels irrelevant sind, es also z.B. egal ist, ob eine bestimmte Menge an Treibhausgasen durch wenige Reiche oder durch alle Menschen in gleichem (sozial gerechten) Ausmaß verursacht werden. In diesem Sinne wirken Sätze wie „da das Narrativ der ökologischen Erholung durch die Coronakrise all diese Machtverhältnisse ausblendet, menschliches Leid ignoriert und sozialdarwinistische Züge trägt, ist es als grundlegend anti-emanzipatorisch einzustufen“ (Marschner in Arnold et al., S. 171) wie der Versuch einer Emanzipation von der Biologie und damit nicht zielführend für eine Klärung der weiter oben erwähnten „Verwobenheit bio- und ökosozialer Prozesse“ (Marschner in Arnold et al., S. 168).

Diese kleine Meinungsverschiedenheit zwischen Autor und Rezensent über das Verhältnis verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen leitet direkt über zum folgenden Kapitel „Zeit der Pandemie, Zeit der harten Wissenschaften?“ von *Oliver Flügel-Martinsen*. Er stellt erstens die Frage, „ob durch ein solch einseitiges Wissenschaftsverständnis, dem zufolge Wissenschaft beratungs-, besser noch implementierungsfähige Fakteninformationen generiert, nicht wesentliche Dimensionen kritischer Erkenntnis und Reflexion konstitutiv verdrängt und abgeschnitten werden“ (Flügel-Martinsen in Arnold et al., S. 184). Zweitens diskutiert er die Frage, ob sozialwissenschaftliche Kritik angesichts dringender lebensbedrohlicher Probleme „Luxus vergangener Zeiten“ (Flügel-Martinsen in Arnold et al., S. 184) ist. Daraufhin wird zunächst sinnvoll differenziert: „Foucaults Wahrheitsskepsis führt nicht zur Behauptung der Beliebigkeit von Wahrheit, sondern zu deren historischer Situierung in Machtbeziehungen“ (Flügel-Martinsen in Arnold et al., S. 187). Im Zusammenhang der Corona-Krise ist diese Anmerkung wichtig, denn hier führte Wissenschaftskritik häufig zu beliebigen alternativen Erklärungen und Verschwörungstheorien. Im Weiteren wird der Bedarf an kritischen Wissenschaften, im Gegensatz zu den objektiven Wissenschaften, mit der Existenz einer Reihe wichtiger Fragen begründet, auf die letztere keine Antwort geben können, z.B. was als systemrelevant definiert wird und warum, oder wessen Leben am ehesten geschützt werden sollte (Flügel-Martinsen in Arnold et al., S. 188). Mit Verweis auf Foucault und Gramsci wird auf hegemoniale Ordnungen und Machtfragen bei der Definition von Wahrheit verwiesen. Das ließe sich sowohl auf die Machtverteilung

zwischen unterschiedlichen wissenschaftlichen Paradigmen (also z. B. zwischen Sozial- und Naturwissenschaften) als auch auf die Machtbalance zwischen wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen „Wahrheiten“ anwenden. Aus soziologischer Sicht wäre Foucault und Gramsci noch Bourdieu hinzuzufügen, für den das unbewusste auf der Ebene des Alltagsverständes für selbstverständlich und wahr Halten auch ein wesentlicher Mechanismus für hegemoniale Ordnungen ist (Bourdieu, 1984).

Am Schluss des Kapitels werden als Ergebnis der bisherigen Überlegungen noch zwei Aufgaben einer kritischen politischen Theorie der Pandemie definiert: Sie soll erstens Entwicklungen kritisch begleiten und scheinbar selbstverständliche Wahrheiten als Ergebnis hegemonialer Politik enttarnen und zweitens die Folgen solcher Machtgefüge aufdecken und kritisieren, z. B. die zunehmenden sozialen Ungleichheiten während der Corona-Krise. Das ist schön konkret und auch richtig, aber am Anfang dieses Kapitels und am Anfang seines letzten Abschnittes wird noch eine größere erkenntnistheoretische Frage angeschnitten, die keine so klare Antwort findet: ist objektivitäts- und wahrheitskritische politische Theorie ein Luxus vergangener Zeiten? Mit den oben genannten zwei wichtigen Aufgaben scheint der Autor diese Frage implizit zu verneinen und schreibt zudem, dass „kritische politische Theorie ihren Ort nicht innerhalb eines am naturwissenschaftlichen Erkenntnismodell orientierten Wissenschaftsverständnis finden kann“ (Flügel-Martinsen in Arnold et al., S. 193). In Bezug auf die Frage nach dem Luxus könnte man anmerken, dass es vielleicht Luxus ist, *nur* die beiden oben genannten Aufgaben zu erfüllen und sich für diese Aufgaben außerhalb des naturwissenschaftlichen Erkenntnismodells besser aufgestellt zu sehen. Angesichts zukünftig noch ernsterer Krisen in den „gesellschaftlichen Naturverhältnissen“, die Probleme wie soziale Ungleichheit und das Leid Benachteiligter zwar beinhalten, aber über sie hinausgehen, ist es eventuell zu wenig, Naturwissenschaften und die von ihren Paradigmen abgeleiteten Notwendigkeiten quasi von außen als eine von mehreren möglichen Sichtweisen zu relativieren und als hegemonial zu kritisieren. Emanzipatorische Kritik müsste dann wiederum ihre Kritik an Hegemonie relativieren, immer noch in der Rolle der oben erwähnten kritischen Begleitung, aber abwägend, ob das hegemoniale Denken zufällig gerade zielorientiert und daher nötig ist. Denn es könnte sein, dass wir nicht nur vorübergehenden Krisen, sondern einer andauernden Situation gegenüberstehen, in der die Notwendigkeit, eine Lösung zu finden so groß ist, dass für eine kritische Sozialwissenschaft und Erkenntnistheorie die Frage im Mittelpunkt steht, welches wissenschaftliche Paradigma mit „implementierungsfähigen Fakteninformationen“ (s. oben) am ehesten zu einer Lösung beiträgt, die das Überleben sichert.

2. Der Umgang von Politik und Wissenschaft mit Corona und anderen Krisen

Das umfangreichere zweite Buch „Coronakratie“ von *Florack et al.* weist bei Struktur und Inhalt einige Gemeinsamkeiten auf: Beide Bücher behandeln die Gefährdung oder mögliche Wesensveränderung der Demokratie durch die Corona-Pandemie und fragen unter anderem, was einen epidemischen Ausnahmezustand rechtfertigt und wie Ausnahmezustände und Krisen definiert werden können. Beide Bücher kommen zu dem gleichen Ergebnis, dass die Demokratie weiterexistiert, wenn bestimmte Grundrechte in einem demokratischen Verfahren außer Kraft gesetzt werden. Aber an den Rändern dieser eher beruhigenden Diagnose bleiben demokratiegefährdende Risiken, wie zunehmende soziale Ungleichheit, und Entwicklungen, die kritisch begleitet werden müssen, wie die in beiden Büchern diskutierte Biopolitik. Diese hat allerdings nicht erst mit der Corona-Pandemie angefangen, sondern ist ein langfristiger Prozess, in dem sich die Aufmerksamkeit und der autoritäre Zugriff des Staates auf die Körper und Gesundheit der Bürger vergrößert. In beiden Büchern wird auch auf die Rolle von (naturwissenschaftlichem) Wissen und Expert:innen eingegangen und Parallelen zur Klimakrise diskutiert. Diese bestehen z.B. in der Rolle von Naturwissenschaften, aber auch allgemeiner bei der Frage, ob Krisen zu mehr Gestaltungsbedarf und -macht des Staates z.B. gegenüber dem Markt führen. Ein ebenfalls in beiden Büchern diskutiertes Problem ist die Gefahr, dass in Krisenzeiten auf Basis des Rates von Expert:innen „technokratisch durchregiert“ wird (Landwehr & Schäfer in *Florack et al.*, S. 136) und so die Demokratie gerade bei lang anhaltenden Krisen Schaden nimmt.

An Unterschieden zwischen beiden Büchern wäre zu nennen, dass die Diskussion der Rolle von (naturwissenschaftlichem) Wissen und Expert:innen bei *Arnold et al.* grundsätzlicher, wissenstheoretisch und philosophisch ist und bei *Florack et al.* eher pragmatisch politisch, wenn z.B. beschrieben wird, wie Expert:innen in den politischen Entscheidungsprozess institutionell eingebunden sind, in Deutschland und im Ländervergleich z.B. zu Großbritannien und den USA (Busch in *Florack et al.*). *Florack et al.* ist eher ein allgemein politikwissenschaftliches Buch, indem es z.B. die Rolle der Opposition oder auch die Vorgänge in politischen Parteien (Höreth et al. in *Florack et al.*) und Institutionen wie Landesparlamenten beleuchtet (Jennewein & Korte-Bernhardt in *Florack et al.*), wogegen *Arnold et al.* sich auf Perspektiven kritischer politischer Theorie konzentriert. Über diese verschiedenen Ansätze hinweg werden teilweise ähnliche Schlussfolgerungen gezogen, wenn z.B. auf die große Bedeutung von öffentlicher demokratischer Diskussion in der Zivilgesellschaft verwiesen wird. Insgesamt zeigt das Buch von *Florack et al.* in weiten Teilen eine große Zustimmung zu der offiziellen politischen Corona-Strate-

gie und entsprechenden Optimismus, was deren Zielerreichung und Nebenwirkungen angeht.

Als Beispiel für die optimistische Interpretation der deutschen Corona-Politik kann bereits das erste Kapitel von *Karl-Rudolf Korte* dienen. Die Vielfalt und erheblichen Diskussionen der verschiedenen Maßnahmen zwischen den 16 Bundesländern wird als dezentraler Vorteil gedeutet (siehe dazu auch die Formulierung von Jennewein & Korte-Bernhardt in Florack et al., S. 107: „Der Föderalismus trägt die Bundesrepublik durch die Krise. Schnell, effizient und regional angepasst konnten die Länder geeignete Maßnahmen ergreifen“). Die Rolle wissenschaftlicher Forschung wird gelobt und die große Zustimmung der Bevölkerung und ihr zunehmendes Vertrauen in die Bundesregierung während der Krise hervorgehoben. Jahrelang anhaltende Politikverdrossenheit wirke unter den Bedingungen der Corona-Politik wie weggefeht und „nie zuvor war die Staatsgläubigkeit so hoch und das akzeptierte Verständnis für die massiven Einschränkungen von Freiheiten so breit“ (Korte in Florack et al., S. 35). „Im „Rausch des Positiven“ (Hox, 2020) leben die Bundesbürger:innen nunmehr mit dem Gefühl der geglückten Angstüberwindung. Konstant hoch bewerten sie ihre eigene Lebenszufriedenheit und Wirtschaftslage viel positiver, als die allgemeine Lage“ (Korte in Florack et al., S. 37). Empirisch mag das alles stimmen, aber eine Quellenangabe zu den entsprechenden Untersuchungen wäre hier angebracht gewesen; die gibt es aber an anderer Stelle (z. B. Heinze in Florack et al., S. 74; Jennewein & Korte-Bernhardt in Florack et al., S. 100). Die Frage bleibt, ob die Ablehnung einer Minderheit (die gelegentlich sicherlich überbetont wird) hier größeren Raum hätte haben können als in dem Satz „Das schließt lauter werdenden Protest an den Maßnahmen – aus rationalen oder irrationalen Gründen – nicht aus“ (Korte in Florack et al., S. 37).

Im Kapitel von *Martin Florack* wird eine interessante Erkenntnis aus der Krisenforschung vorgestellt, nämlich „das Paradoxe politischer Krisen: während sie einerseits eine Politisierung im Sinne der Notwendigkeit staatlichen Handelns thematisieren, soll andererseits ihre konkrete Bearbeitung außerhalb des normalen politischen Prozesses erfolgen, was wiederum eine De-Politisierung zur Folge hat (Bösch et al., 2020)“ (Florack in Florack et al., S. 56). In der Corona-Krise gab es einerseits eine De-Politisierung durch die zunehmende Bedeutung von epidemiologischem Fachwissen, Sachzwängen und drängender Lösungsorientierung und andererseits einen vermehrten Bedarf und auch mehr Möglichkeiten für politische Entscheidungen und Einflussnahme, die an vielen Stellen des Buches auch mit dem Begriff „Krise als Stunde der Exekutive“ beschrieben werden. Am Ende des Kapitels weist der Autor darauf hin, dass der Demokratie Gefahr droht, wenn Regieren nur noch aus einer „reinen Umsetzung wissenschaftlich gesicherter Wahrheiten“ (Florack in Florack et al., S. 58) besteht. Dies könnte für Krisen allgemein und für die Klimakrise im Besonderen bedeuten, dass sie durch eine lange Dauer und Zu-

spitzung (die im Falle der Klimakrise dadurch entsteht, dass nicht rechtzeitig ausreichend gehandelt wurde) durchaus eine Gefahr für die Demokratie darstellen.

Interessant ist die Gegenüberstellung von Wissenschaft und Politik aber auch in der Hinsicht, dass ihnen jeweils widersprüchliche Zuschreibungen gemacht werden. Während im oben gesagten Wissenschaft eher mit objektiven Wahrheiten assoziiert wird und Politik mit dem diskursiven Abwägen zwischen alternativen Handlungsoptionen (im Kapitel von *Landwehr & Schäfer* sogar mit Streit), wird im Kapitel von *Heinze* zitiert: „Die Politik schätzt den Zweifel nicht. In der Wissenschaft gehört er ins Labor wie Pipette und Reagenzglas“ (Fried, 2020) und im Kapitel von *Peter Dausend* wird von der Vielschichtigkeit des wissenschaftlichen Diskurses gesprochen (Dausend in Florack et al., S. 159). Letzteres gibt vielleicht eher die (zutreffende) Innenperspektive der jeweiligen Bereiche im Gegensatz zur öffentlichen Wahrnehmung wieder. Aber vor dem Hintergrund, dass von verschiedenen Seiten sowohl das Zaudern als auch das machtvoll Durchregieren zum Vorwurf gemacht wird, und vor dem Hintergrund, dass das Machtverhältnis von Wissenschaft und Politik in der Corona-Krise, aber auch bei anderen (noch zu erwartenden) Krisen ebenfalls von großer Bedeutung ist, sind diese Unterschiede in den Zuschreibungen weitere Überlegungen wert.

Darauf geht auch *Timo Grunden* in seinem Kapitel ein, wenn er einen plötzlichen Verlust an Popularität von Armin Laschet damit erklärt, dass dieser „aus der Pandemiebekämpfung etwas [machte], was sie für die Bürgerinnen nicht war, ja nicht sein durfte: ein politischer Konflikt. Für die große Mehrheit ist eine Pandemie aber zu allererst ein medizinisches, ein wissenschaftliches Problem“ (Grunden in Florack et al., S. 96). Auch *Grunden* schaut wieder auf die andere, die Klimakrise und stellt heraus, dass sich hinter dieser ein Verteilungskonflikt verbirgt, weshalb Klimapolitik nicht zuerst als naturwissenschaftliches Problem behandelt werde. Das bedeutet, dass die Corona-Pandemie den „Vorteil“ genießt, nur in den Konsequenzen und auch nur partiell mit dem Problem sozialer Ungleichheit und daher nicht mit alten Interessenkonflikten verbunden zu werden. Dagegen ist die Klimakrise in Ursachen (sozial ungleicher Ressourcenverbrauch) und Konsequenzen (sozial ungleiche Klimaschäden, aber auch ungleiche Notwendigkeit auf gewohnten Luxus zu verzichten) eng mit sozialer Ungleichheit verbunden. Das könnte bedeuten, dass der zunehmende Einfluss (natur-)wissenschaftlicher Berater:innen in der Klimapolitik, wie er von *Weidenfeld* in ihrem Kapitel mit Verweis auf Reckwitz (2020) erwartet wird (Weidenfeld in Florack et al., S. 154), wirkungslos bleibt.

Einen großen Wurf in einem kurzen Kapitel stellt *Till van Treeck* vor. Angesichts vieler auch zukünftiger Krisen muss die Resilienz gestärkt werden. Seine These, dass weniger soziale Ungleichheit mehr Resilienz bedeutet, ist überzeugend, wenn man bedenkt, dass direkte Krisenauswirkungen häufig am ehesten die Armen und Unterprivilegierten treffen und dass die indirekten Krisenauswirkungen, wie

Wahlenthaltung und Demokratieverdrossenheit, ebenfalls dort am häufigsten sind und teilweise durch Armut verursacht werden. Um die Resilienz zu steigern, schlägt *van Treeck* als erstes eine bedingungslose Daseinsvorsorge in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Kinderbetreuung, Bildung und Gesundheitsversorgung vor. Überzeugend ist ebenfalls, dass dieser Vorschlag explizit als Gegenentwurf zum bedingungslosen Grundeinkommen gemeint ist. Dieses könnte „einer weiteren Individualisierung Vorschub leisten“ (*van Treeck* in *Florack et al.*, S. 212), ist aber vor allem in der grundsätzlichen Entscheidung zwischen der Verantwortung des Sozialstaates und der des Individuums problematisch, zumal ein Betrag von beispielsweise 1000 € im Monat nicht ausreichen würde, auch nur einen geringen Rückzug des Staates aus den genannten Bereichen der Daseinsvorsorge auszugleichen. Zweitens müsse es eine Job-Garantie geben, die ähnlich, aber weitergehend als ein Kurzarbeitergeld, gerade in Krisenzeiten Arbeitsplätze sichert und Arbeitskraft zur solidarischen Überwindung von Krisen verfügbar macht. Drittens fordert der Autor eine allmähliche Arbeitszeitverkürzung, u. a. um die Eigendynamik von mehr Arbeit für mehr Geld zu durchbrechen, die gesamtgesellschaftlich nicht zu mehr Zufriedenheit führt, sondern nur zu relativen Vorteilen der Reicheren gegenüber den Ärmern innerhalb einer Gesellschaft. Als Krisenprävention wäre ein solcher „radikal-reformerischer Kraftakt in der Wirtschafts- und Sozialpolitik“ (*van Treeck* in *Florack et al.*, S. 212), wie ihn *van Treeck* vorschlägt, wichtig und richtig; durchsetzbar ist er wohl leider nicht.

Das Kapitel von *Andreas Busch* weist einen interessanten empirischen Weg zur Antwort auf die Frage nach der Evaluation der Maßnahmen gegen Corona. Er zeigt auf, dass die Corona-Todesfälle pro 100.000 Einwohner sich zwischen 22 ausgewählten OECD-Ländern um den Faktor 100 und innerhalb Europas um den Faktor 40 unterscheiden. Daran schließt sich die Frage an, die hier nur angerissen, aber nicht beantwortet werden kann, wieviel von diesen Unterschieden auf die unterschiedliche Handhabung wissenschaftlicher Beratung zurückzuführen ist. Der Autor stellt deutliche Unterschiede zwischen den Ländern Großbritannien, USA und Deutschland in der Inanspruchnahme wissenschaftlicher Beratung heraus, die der Platzierung dieser Länder in der Tabelle der Todeszahlen und auch Unterschieden in der Zufriedenheit der jeweiligen Bevölkerung mit der nationalen Pandemiebekämpfung entsprechen.

3. Zwischen medizinischen Tatsachen und Konstruktivismus – wie Gesellschaften Viren wahrnehmen können

Das Buch „Viren im Blick – Überwachung und Sichtbarkeit der Influenza in Deutschland“ von *Kevin Hall* ist eine Monographie, die 2019 als Dissertation eingereicht wurde, also kurz vor Ausbruch der Covid-19 Pandemie. Bis zum Erscheinen des Buches im Mai 2021 sind aber noch zahlreiche Bezüge zu Corona eingebaut worden, sodass es zwar kein Buch über die aktuelle Pandemie ist, aber mit dem Thema Influenza viele interessante Bezüge und Grundlagen liefert. Es geht davon aus, dass „unser“ (also der wissenschaftliche und gesamtgesellschaftliche) Blick auf Viren auf einem Regime aus Überwachung und Sichtbarkeit beruht, das historisch mit der Entwicklung der modernen Medizin und durch ein Netzwerk an Institutionen in Deutschland und weltweit im 20. Jahrhundert erst entstanden ist. „Damit Grippe und mithin die Grippezeit oder eine Grippeepidemie als ein kollektives Phänomen erfahrbar wird, muss sie irgendwie für die Allgemeinheit sichtbar gemacht werden. Wie diese Sichtbarkeit vollzogen wird und wer darin involviert ist, davon handelt dieses Buch“ (Hall, S. 14). Eine Grundannahme des Buches ist, dass Überwachungspraktiken bestimmte Realitäten erst (mit)erzeugen, wobei die Überwachung von Viren, Krankheiten und Personen schwer voneinander zu trennen sind. Methodisch beruht die Studie auf ethnographischer qualitativer Feldforschung, die aus einem Mix aus Quellenanalysen, teilnehmender Beobachtung und Interviews in Arztpraxen und Laboren besteht und ein beeindruckendes Maß an Detailkenntnissen des komplizierten Themas zeigt.

Im zweiten Kapitel beschreibt *Hall* die Entwicklung der Medizin von einer Beobachtungs- zu einer Experimentalwissenschaft und dass sich mit der Entstehung der Epidemiologie der Fokus von der *Krankheit im Körper* auf *Krankheit in der Bevölkerung* verändert hat. Dies schließt die Public Health-Aufgabe einer „Vorab-Detektion“ und Prävention mit ein. Mit einer dritten Perspektive *Krankheit im Labor* bietet der Autor am Beispiel Influenza drei interessante Perspektiven auf das moderne Krankheitsverständnis.

Im dritten Kapitel werden verschiedene Ziele der Influenza-Überwachung definiert und der Aufbau und die Vielfalt von Influenza-Überwachungssystemen historisch detailliert nachgezeichnet. Dabei werden die Verflechtungen von Wissenschaft, wirtschaftlicher Interessen, Politik, WHO und sogar des Militärs (im Rahmen der Abwehr von Anschlägen mit Krankheitserregern) kritisch unter die Lupe genommen. Es wird z.B. deutlich, dass Gesundheit und Wirtschaft zusammenhängen: wissenschaftliche und Public Health-Interessen an einer Influenza-Überwachung konnten nur umgesetzt werden mit Hilfe von Wirtschaftsunter-

nehmen, die an der Etablierung eines Marktes für Impfstoffe ein Profitinteresse haben.

Das vierte Kapitel handelt von der Sichtbarmachung und Überwachung des Virus im Labor und nimmt den/die Leser:in mit zu den konkreten Handlungsschritten und Alltagsroutinen im Labor und im Verbund von Laboren, Arztpraxen und Influenza-Überwachungseinrichtungen. Im fünften Kapitel geht es um die Lokalisation von Influenza mittels epidemiologischer Karten, die vom Autor, wie andere Überwachungstechniken auch, in einen machtpolitischen Zusammenhang gestellt werden (s. unten).

Im sechsten und siebten Kapitel wird noch einmal auf Probleme der Definition, Abgrenzung und Messung bestimmter Influenza-Konstruktionen eingegangen, wie z.B. die der Übersterblichkeit oder der Grippe-Welle. Obwohl man es bei der Sterblichkeit bereits mit einem, im Vergleich zu Krankheitssymptomen, relativ objektiven Indikator zu tun hat, gibt es Unsicherheiten bei der Klassifikation von Todesfällen und bei der Abgrenzung von saisonalen Schwankungen der Mortalität insgesamt. Dies erinnert sehr an Diskussionen während der Corona-Pandemie, wo die Todeszahlen regelmäßig angezweifelt wurden und die deutliche Übersterblichkeit zunächst von Corona-Leugner:innen geleugnet wurde und jetzt, im Abklingen der Pandemie, anerkannt und als Sterblichkeit aufgrund der Impfung interpretiert wird. Auch, dass die Häufigkeit von Tests und strukturelle Unterschiede in der Überwachung z.B. zwischen Ländern Unterschiede in der geschätzten Krankheitslast erst erzeugen können, erinnert an bekannte Probleme in der Corona-Pandemie. Ergänzend dazu werden mit interessanten Interview-Auszügen die alltäglichen Probleme und menschlichen Beurteilungen der nach außen als objektiv wahrgenommenen statistischen Zahlen anschaulich dargestellt. „[...] also wenn man die holländischen ILI-Daten [Influenza Like Illness] ansieht, wenn die Grippe da ist, kriegen die so einen schönen Peak, und danach ist er weg. Was aber auch daran liegt [...], dass natürlich die Ärzte, wenn sie wissen: Jetzt kommt aber die Grippe da. Natürlich auch sagen: Ah. Das ist jetzt aber auch ILI. Und vorher sagen die das gar nicht“ (Hall, S. 246).

Im abschließenden achten Kapitel werden einige Leistungen der Influenzaüberwachung herausgearbeitet und in Bezug auf die Covid-19 Pandemie betont, dass zum Akteursnetzwerk zur Überwachung von Krankheiten auch die Öffentlichkeit gehört, die „Bescheid wissen muss, wenn ihre Akzeptanz für notwendige Maßnahmen zur Unterbrechung von Infektionsketten gewonnen werden soll“ (Hall, S. 331).

Das Buch von *Kevin Hall* ist als Dissertation eine besondere Leistung, denn hier wird mit großer interdisziplinärer Sachkenntnis eine den Sozialwissenschaften verborgene Welt von im weitesten Sinne medizinischen Institutionen einem soziologischen Blick auf den gesellschaftlichen Umgang mit Viren eröffnet. Ob die vielen

kenntnisreichen Details alle soziologischen Leser:innen begeistern wird, ist offen, aber der Zusammenhang mit den anderen Büchern dieser Rezension ist wichtig: *Hall* beleuchtet genau das von innen, was in den politikwissenschaftlichen Werken von außen mit weniger Sachkenntnis als quantifizierende hegemoniale Naturwissenschaft kritisiert wird. Einen kritischen Unterton hat *Hall* auch, zumindest wenn er andere Autor:innen zitiert, die sich zur Überwachung äußern: „Er [Lyon, 2001] sieht den Zweck der Überwachung in der Regierung von Menschen“ (S. 19) oder „Der Medizinhistoriker Charles Rosenberg spricht hier von der sozialen Macht der Diagnose (Rosenberg, 2002)“ (Hall, S. 28). In der „Überwachungsmedizin“ sei „Krankheit [...] nun nicht mehr im Körperraum, sondern im außerkörperlichen Raum der Bevölkerung angesiedelt“ (Hall, S. 35). „Vor allem in der Kartierung von »Influenza-in-der-Bevölkerung« findet eine Verschiebung statt, die das Konzept der an einen Körper gebundenen Infektion zugunsten eines geradezu miasmatischen [giftig, ansteckend] Krankheitsbegriffs untergräbt“ (Hall, S. 220).

In dieser Kritik besteht Übereinstimmung zu den (natur-)wissenschaftskritischen Teilen von *Arnold et al.* Aber gleichzeitig bietet *Hall* auch ein tiefes Eintauchen in die medizinische und epidemiologische Logik und Arbeitsweise, aus dem man schließen kann, dass das Blickregime auf Influenza sinnvoll und nützlich ist, zwar soziologisch kritisch erforscht werden kann, aber kein Änderungsbedarf in Richtung weniger Influenza-Überwachung besteht oder konkrete politische Vorwürfe zu machen sind. Zur oben erwähnten Kritik an der Überwachungsmedizin wäre zu sagen, dass der Übergang von der Medizin am individuellen Körper zur Medizin in der Bevölkerung (also Epidemiologie und Public Health) der Erkenntnis geschuldet ist, dass die meisten Krankheitsursachen nicht im Körper stecken, sondern in der Umwelt und auch dort bekämpft werden müssen. Ein zweites wichtiges Prinzip von Public Health ist die Prävention, die sich in ihrer Wirksamkeit und Effizienz nicht nur für die Verbesserung der Gesundheit, sondern auch gegen soziale Ungleichheit in der Gesundheit, positiv von der Behandlung schon eingetretener Krankheit unterscheidet, die in der Medizin im Vordergrund steht.

Auch die Verbindung von Naturwissenschaft und Politik wird, wie in den beiden anderen Büchern, diskutiert und folgendes Zitat lässt sich sowohl allgemein als auch in Bezug auf die Corona-Pandemie verstehen: „Politische Entscheidungsträger [delegieren] ethisch schwierige Fragen in der Planung von politischen Programmen und Maßnahmen an das Messen und die resultierenden Statistiken“ (Hall, S. 222).

4. Die Isolation älterer Menschen in Pflegeheimen – sozialer Tod oder Schutz des Lebens?

Die Monographie „Der alte Mensch als Verschlussache“ von *Frank Schulz-Nieswandt* analysiert, wie unter Corona-Bedingungen, also dem Eindruck der lebensgefährlichen Ansteckungsgefahr für ältere Menschen, Bewohner:innen in Pflegeheimen Leidtragende einer gesteigerten Angst und entrechtete Opfer eines Regimes wurden, das auch schon vor Corona diesen Menschen normale menschenwürdige Wohnbedingungen verwehrte. Der Autor fragt, was „im Kontext der Corona-Krise an und mit diesen Menschen geschieht“ (Schulz-Nieswandt, S. 20) und, in Bezug auf den Zustand vor Corona, „was [...] diese Verfehlung der Normalität im Heimleben an[treibt]“ (Schulz-Nieswandt, S. 23). Von der festgestellten fehlenden Sozialraumöffnung in Pflegeheimen werden weitreichende Bezüge zum Kapitalismus, zur Rechtsgrundlage der Menschenwürde, zum Wächterstaat und zu einer psychoanalytischen Perspektive auf den gesellschaftlichen Umgang mit Alter und Krankheit hergestellt (psychodynamische Kulturanalyse und daseins-anthropologisch-phänomenologische Psychiatrie). Dazu werden auf der formalen Ebene politische Reden und andere Quellen zitiert und analysiert und Zusammenhänge in Form von mathematischen Gleichungen mit Abkürzungen für Konzepte benutzt, wie z.B. „Vermeidung demütigender Respektlosigkeit (VdR)“ (Schulz-Nieswandt, S. 27), „Wesen des Menschen (WdM)“ (Schulz-Nieswandt, S. 28), das „Wahre, Schöne und Gute (W, S, G)“ (Schulz-Nieswandt, S. 82) oder der als Quasi-Hydraulik bezeichnete Zusammenhang „Geld x Maschinerie = Output“ (Schulz-Nieswandt, S. 81).

Wie auch das Buch von *Hall*, befasst sich diese Abhandlung mit einem Spezialfall, also einem Ausschnitt der Problematiken, die in den beiden Sammelbänden angesprochen werden. Es geht um die Verletzung von Grundrechten der Heimbewohner:innen, um Zugriffe und Übergriffe auf individuelle Freiheiten durch ein Versorgungssystem, das schon im Normalzustand die Würde des Menschen verletzt hat. Danach hat „Corona [...] die Dichtefunktion der Kasernierung nur noch auf die Spitze getrieben“ (Schulz-Nieswandt, S. 10).

Zum Inhalt ist zu sagen, dass viele der im Buch behandelten wichtigen Probleme und die berechtigte Kritik zwar wiederholt thematisiert und zugespitzt wird und vielfältige Bezüge hergestellt werden (s. oben), aber eine Diskussion mit abgeleiteten Ergebnissen häufig nicht erfolgt. So wird z.B. eines der offensichtlichen Probleme der Abschließung älterer Menschen, nämlich die Abwägung zwischen Vermeidung von Krankheit und Tod durch Corona einerseits und den sozialen Schäden durch Isolation andererseits schon zu Beginn des Buches klar erkannt: „Die Vermeidung des biologischen Todes wird teuer erkaufte mit dem sozialen Tod“ (Schulz-Nieswandt, S. 10).

Auch wird nachvollziehbarerweise von einer „Zielkonfliktsituation“ gesprochen (Schulz-Nieswandt, S. 21). Aber erstens wird bei der Suche nach den Gründen für die Inkaufnahme des sozialen Todes die Vermeidung von biologischen Todesfällen als Grund ignoriert (z. B. Schulz-Nieswandt, S. 24). Dieser Grund mag ja nach Ansicht des Autors überbewertet und nicht ausreichend sein, aber es ist für das Verständnis des gesellschaftlichen Diskurses ein Manko, wenn das offizielle Hauptargument für die Inkaufnahme der sozialen Isolation missachtet wird und nur auf grundlegende philosophische oder psychoanalytische Probleme eingegangen wird, z. B. Dämonenabwehrzauberei und Hygieneangst. Zweitens sei „der dargestellte fundamentale Zielkonflikt [...] also kein tragisches Dilemma, in der [sic] es keinen Ausweg ohne massive Schuld gibt“ (Schulz-Nieswandt, S. 30), sondern die Schuld seien Versäumnisse in der Vergangenheit. Letzteres stimmt wohl, ist aber logisch kein Argument gegen einen Zielkonflikt im Moment der Corona-Krise. Das Ignorieren des Motivs Corona-Tote zu vermeiden als Hauptgrund für die Inkaufnahme sozialer Isolation erweckt zudem den Eindruck, als sei Corona kein besonderer, neuer und externer Faktor und käme als Grund für eine „Eskalation der Kasernierung“ (Schulz-Nieswandt, S. 20) nicht in Frage, sondern die Verschlimmerung der Zustände in den Heimen ließe sich gänzlich aus den Fehlern im System erklären. Eine solche Einschätzung kann möglicherweise das Ergebnis einer Diskussion sein, aber den offensichtlichen Faktor einer Lebensgefahr durch Corona wegzulassen, befriedigt nicht, denn immerhin waren 45% der Corona-Toten der Jahre 2020 und 2021 Heimbewohner:innen (Rothgang & Müller, 2022). Dazu kommt der Widerspruch, dass zum gleichen Thema gesagt wird: „Das ist Ambivalenz. Mag auch sein, dass es um eine Tragödie geht, in der der Mensch «schuldlos schuldig» wird, weil er eine Entscheidung treffen muss, die mit Risiken verbunden ist und, egal wie sie ausfällt, nicht ohne unerwünschte Folgen ist“ (Schulz-Nieswandt, S. 116).

Der Autor stellt deutlich fest: „Es geht nicht darum, in verantwortungsloser Art und Weise den kalendarisch alten Menschen der Pandemie auszusetzen“ (Schulz-Nieswandt, S. 125). Aber um was es dem Autor geht, bleibt unklar. Interessant wäre ja z. B., wie ein Kompromiss zwischen *die Alten der Pandemie aussetzen* und *die Würde der Heimbewohner:innen schützen*, aussehen könnte. Aber auch dieser Abschnitt des Buches endet mit nicht nur offenen, sondern unklaren Fragen: „**Auf den Punkt gebracht:** Wie kann auch in Zeiten von Corona optimale Normalität gesichert werden, nicht nur bloßes Wohnen, sondern Leben: LEBEN [...], die Differenz zwischen dem Leben als Potenzial des Menschen und seinem faktischen Leben als Differenz kritisch ermessend? Wer weiß, wie Menschen mit Ängsten [...] die Pandemie erleben?“ (Schulz-Nieswandt, S. 126, Hervorhebungen im Original).

Zur Form des Buches ist zu sagen, dass die Sprache und die gewählte „wissenschaftliche Essayistik“ absichtlich besonders ist. Bandwurmsätze mit Bandwurmwörtern wechseln sich ab mit eher umgangssprachlichen Formulierungen, wie

„Worum es dem Essay jetzt also vertiefend geht“ (Schulz-Nieswandt, S. 73). Zusammen mit den wertorientierten und persönlichen Schlussfolgerungen, die den Konflikt nicht scheuen, könnte das für einige Leser:innen reizvoll sein. Aber die ebenfalls absichtliche Fülle von Fremdwörtern, von denen nach Einschätzung des Autors einige nachgeschlagen werden müssen und sowohl eine Anstrengung und Zumutung, als auch eine Bereicherung und eine Förderung der Aufmerksamkeit bedeuten (Schulz-Nieswandt, S. 10), stellt eine Hürde dar (zumal man dann eben auch auf die ungewöhnlich vielen Flüchtigkeitsfehler im Buch aufmerksam wird). Hinter dieser Hürde hat der Inhalt dieses Buches den Rezensenten nur selten entschädigt.

Fazit

Am Ende der Lektüre der vier Bücher zur Corona-Pandemie bleibt ein vielfältiger vertiefter Einblick in kritische sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Pandemie und deren Bekämpfung. Diese nehmen zwar teilweise öffentlich diskutierte Probleme auf, unterscheiden sich aber meist deutlich vom vorherrschenden einfachen Diskurs über die Gefahr durch den Virus und die Maßnahmen, die zu seiner Eindämmung nötig sind. Insofern sind diese Bücher und die dahinterstehende sozialwissenschaftliche Reflektion und Forschung gewinnbringend, weil sie auch verdeckte Probleme und Widersprüche thematisieren. Diese Ergänzung erweckt aber teilweise den Eindruck, dass sie auch wirklich nur als Ergänzung hilfreich ist, weil der normale und sinnvolle Diskurs über die Bedrohung durch eine ansteckende Krankheit als medizinisches Problem häufig umgangen wird.

Literatur

- Becker, E. & Jahn, T. (2006). *Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen*. Campus Verlag.
- Bösch, F., Deitelhoff, N., Kroll, S. & Thiel, T. (2020). Für eine reflexive Krisenforschung – zur Einführung. In F. Bösch, N. Deitelhoff & S. Kroll (Hrsg.), *Handbuch Krisenforschung*, (S. 3–16). Springer VS.
- Bourdieu, P. (1984). *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Suhrkamp.
- Foucault, M. (1977). *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Suhrkamp.
- Fried, N. (2020, 22./23. August). Die Reifeprüfung. *Süddeutsche Zeitung*.
- Hoffmann, R. (2011). Illness, not age, is the leveler of social mortality differences in old age. *Journals of Gerontology: Social Sciences*, 66 (5), 374–379.
- Horx, M. (2020). *Die Zukunft nach Corona: Wie eine Krise die Gesellschaft, unser Denken und unser Handeln verändert*. Econ.
- Jahn, T. & Wehling, P. (1998). *Gesellschaftliche Naturverhältnisse — Konturen eines theoretischen Konzepts*. Springer VS.

- Lyon, D. (2001). *Surveillance Society. Monitoring everyday life*. Open University Press.
- Reckwitz, A. (2020, 27. Mai). *Risikopolitik* [Vortrag]. Digitales Kolloquium „Soziologische Perspektiven auf die Corona-Krise“, Berlin. <https://coronasozioologie.blog.wzb.eu/podcast/andreas-reckwitz-risiko-politik/>
- Rosenberg, C.E. (2002). The Tyranny of Diagnosis: Specific Entities and Individual Experiences. *The Milbank Quarterly*, 80 (2), 237–260.
- Rothgang, H. & Müller, R. (2022). *Barmer Pflegereport 2022: Stationäre Versorgung und COVID-19*. Schriftreihe zur Gesundheitsanalyse 38, Barmer.
- Schäfer, A. & Zürn, M. (2021). *Die demokratische Regression*. Suhrkamp.